

# Antragsbereich I: Inklusion und Antidiskriminierung

Antrag I1\_17/2

---

1 Antragssteller\*in: Bundesvorstand

2  
3 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

## 5 **I1\_17/2 Let's talk about mental health -** 6 **Psychische Gesundheit an Hochschulen**

7 Psychische Gesundheit ist ein wichtiger Bestandteil unseres Lebens, sie beeinflusst unser  
8 Erleben, unsere Emotionen und unsere Fähigkeiten. Dabei ist wichtig, dass Gesundheit mehr ist  
9 als die Abwesenheit von Krankheit und/oder Störung. Nach der World Health Organization (WHO)  
10 ist es ein „Zustand des körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das  
11 Fehlen von Krankheit und Gebrechen“ (Verfassung der Weltgesundheitsorganisation von 1948).  
12 Psychische Gesundheit selbst ist dabei laut Definition das subjektive Wohlbefinden, die  
13 Wahrnehmung, das zu schaffen, was mensch möchte (also wahrgenommene Selbsteffizienz),  
14 Autonomie, Kompetenz und Selbstverwirklichung des eigenen intellektuellen und emotionalen  
15 Potentials. Dennoch ist Gesundheit nicht immer gegeben, psychische Störungen können Menschen  
16 in verschiedensten Weisen betreffen. Das ist bei circa einem Viertel bis einem Drittel der  
17 Bevölkerung der Fall. Von diesen erhalten nur die Hälfte professionelle Hilfe, eine anderweitig  
18 angemessene Hilfe erhalten sogar noch weniger.

19 Auch Studierende fallen in diesen Personenkreis. Laut der 21. Sozialerhebung des Deutschen  
20 Studentenwerks (sic!) geben 29 Prozent der Studierenden an, mehr als eine Beeinträchtigung zu  
21 haben, die ihr Studium erschwert. 55 Prozent geben an, eine psychische Erkrankung zu haben.  
22 Die Tendenz ist steigend: Zwischen 2012 und 2016 ist die Anzahl um 13 Prozent gestiegen.  
23 Psychische Störungen haben enorme Folgen für das Studium: 47 Prozent der Betroffenen sehen  
24 sich dadurch stark eingeschränkt. Dennoch nutzen sie nicht häufiger Teilzeitstudiengänge,  
25 sondern sind in Vollzeitstudiengänge immatrikuliert - studieren jedoch trotzdem faktisch in  
26 Teilzeit. Das geschieht fast doppelt so häufig wie bei nicht beeinträchtigten Studierenden.  
27 Insgesamt lässt sich festhalten, dass das Angebot an Teilzeitstudiengängen rar ist, zum Teil  
28 bieten Hochschulen keinen einzigen Studiengang dieser Art an. Auch im Alltag selbst haben 90  
29 Prozent der Studierenden mit psychischen Gesundheitsproblemen schon Stigmatisierung und  
30 Diskriminierung erfahren.

31 Wir Juso-Hochschulgruppen setzen uns an Hochschulen und in der Gesellschaft für Inklusion und  
32 Teilhabe ein. Egal, ob eine Person eine Beeinträchtigung hat oder nicht, es darf keine nachteilige  
33 Rolle für das Studium oder den Alltag spielen. Wir wollen ein gutes Leben für alle. Um dies zu  
34 gewährleisten, ist Prävention ein wichtiger Bestandteil, um psychische Gesundheit zu fördern.  
35 Gleichzeitig setzen wir uns, gemeinsam mit betroffenen Studierenden ein, damit auch sie  
36 inkludiert werden und damit Diskriminierungen bekämpft werden und Hochschulen allen  
37 offenstehen.

38 **Was ist was?**

39 Wie schon eingangs erwähnt, stellt psychische Gesundheit mehr als die Abwesenheit von  
40 Krankheit und/oder Störung dar. Diese häufig genutzte Definition der WHO stellt bei psychischer  
41 Gesundheit den Zustand des Wohlbefindens in den Fokus, in der eine Person ihre Fähigkeiten

42 ausschöpfen und durchschnittliche Lebensbelastungen bewältigen kann. Als weiterer Teil der  
43 Definition ist das produktive Arbeiten und der Beitrag zur Gesellschaft genannt. Hier ist der  
44 Definitionsversuch kritisch zu hinterfragen, da es die wirtschaftliche Verwertbarkeit von  
45 Menschen als Voraussetzung für die psychische Gesundheit mit sich trägt. Doch auch ohne  
46 Lohnarbeit zu leisten oder einen sogenannten Beitrag zur Gesellschaft zu leisten, können  
47 Menschen Wohlbefinden erleben, Teil der Gesellschaft sein und verdienen Wertschätzung und  
48 Respekt. Es wird deutlich, dass Definitionen überarbeitet werden müssen, um von der  
49 neoliberalen Verwertungslogik des Menschen hin zu einer humanistischen Definition des  
50 Menschen zu gelangen. Dennoch ist die Definition der WHO die am häufigsten genutzte und  
51 akzeptierteste, weswegen sie auch Grundlage für diesen Antrag ist.

52 Psychische Störungen stellen dabei eine sogenannte krankhafte Beeinträchtigung des Denkens,  
53 Fühlens, Verhaltens, der sozialen Beziehungen, des Selbstbildes, der Erlebnisverarbeitung und  
54 der Willensstärke dar. Sie sind häufig mit einem persönlichen Leiden verbunden. Auch hier ist  
55 eine kritische Betrachtung der Definition vorzunehmen, vor allem in Anbetracht dessen, dass  
56 Störung in Abgrenzung zum Krankheitsbegriff verwendet wird. Der Krankheitsbegriff impliziert  
57 eine Pathologisierung und wird häufig mit „Ansteckung“ in Verbindung gebracht. Obwohl es bei  
58 vielen psychischen Störungen organische Ursachen gibt, ist er einem Krankheitsbegriff überlegen.  
59 Denn Definitionen sind nicht zwingend neutral, sondern ermöglichen zum Teil einer  
60 „Krankmachung“ sozial missliebiger Verhaltensweisen, wie bisher noch beispielsweise bei  
61 Trans\*personen geschehen. Psychische Störungen können divers sein, häufig sind Menschen von  
62 mehr als einer Einschränkung betroffen. So kann neben dem Begriff der „körperlichen  
63 Behinderung“ auch eine „psychische Behinderung“ festgestellt werden. Darunter können  
64 andauernde psychosomatische Symptome, affektive Störungen und/oder  
65 Persönlichkeitsstörungen fallen.

66 Behinderung (sic!) wird im 9. Sozialgesetzbuch, dann festgestellt, wenn die seelische Gesundheit  
67 eines Menschen mit hoher Wahrscheinlichkeit für mehr als sechs Monate vom typischen Zustand  
68 des Lebensalters abweichen und dabei ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt  
69 ist. Eine Vielzahl psychischer Störungen kann diese Kriterien erfüllen, doch eine Anerkennung  
70 dieser Tatsache im Bereich der Bildung findet kaum statt. Obwohl die UN  
71 Behindertenrechtskonvention (sic!) schon seit Jahren ratifiziert ist, gibt es noch vieles zu tun. So  
72 fällt unter Artikel 24 das Recht auf Bildung, in das auch Hochschulen und lebenslanges Lernen  
73 fallen. Dabei soll diese Teilhabe ohne Diskriminierungs- und Stigmatisierungserfahrungen  
74 erfolgen. Doch diese Zielsetzung scheitert, der Alltag von vielen Studierenden mit  
75 Beeinträchtigungen sieht anders aus. So haben 90 Prozent der Studierenden mit psychischer  
76 Störung bereits Diskriminierung erfahren, 70 Prozent sind so stark unter Druck gesetzt worden,  
77 dass sie wegen ihrer Beeinträchtigung auf eine Aktivität verzichten haben, obwohl sie dies nicht  
78 wollten. So wird deutlich, dass eine psychische Störung einen starken Einfluss auf den Alltag  
79 vieler Studierender hat. Ein Maß dafür sind sogenannte DALY, die bei psychischen Störungen  
80 besonders hoch sind. DALY sind „disability adjusted years lived with disease“, also Lebensjahre,  
81 die durch eine Beeinträchtigung bestimmt sind. Laut der WHO sind zwei der sieben höchsten  
82 Beeinträchtigungen, die DALYs hervorrufen, psychisch bedingt, dazu gehören Depressionen und  
83 Angststörungen. Dies betrifft den persönlichen Alltag von Betroffenen, zum Teil über einen  
84 großen Zeitraum hinweg, beispielsweise wird dies an der hohen Anzahl von Arbeitsunfähigkeiten  
85 aufgrund von psychischen Störungen deutlich. Inwiefern DALYs auch bei Studierenden einen  
86 Einfluss haben, wurde bisher nicht ausreichend untersucht, dennoch zeigen die Zahlen des DSW,  
87 wie stark eine psychische Beeinträchtigung das Studium beeinflussen kann.

88  
89 Die Vielzahl an Studierenden, die aufgrund ihrer psychischen Störung bereits diskriminiert  
90 worden sind, zeigt den nicht-inklusiven Alltag an Hochschulen. Betroffene sehen sich häufig  
91 Vorwürfen konfrontiert, gerade nicht-sichtbare Beeinträchtigungen werden nicht als solche

92 ernstgenommen. Ihnen wird beispielsweise unterstellt, sich ihre Beeinträchtigung einzubilden  
93 oder nur auf Aufmerksamkeit und Sonderbehandlung aus zu sein. Zugeschriebene Eigenschaften  
94 sind auch ein Mangel an Willen, Leistung zu zeigen. In Zeiten, in denen eine neoliberale  
95 Verwertungslogik des Menschen auch an Hochschulen verankert ist, fehlt der Raum für  
96 Verständnis von psychischen Beeinträchtigungen. Stigmatisierungen sind auch in der  
97 Studierendenschaft verankert, nach Umfragen gehören Studierende mit psychischen Störungen zu  
98 der Gruppe der Beeinträchtigten, die am wenigsten Sonderregelungen bei Prüfungen und  
99 anderen Inklusionsmaßnahmen im Universitätskontext haben sollten. Insgesamt lässt sich  
100 festhalten, dass Studierende dadurch nicht nur durch ihre psychische Störung beeinträchtigt  
101 sind, sondern auch unter der Diskriminierung durch Dritte leiden. Eine diverse  
102 Hochschullandschaft darf dies nicht zulassen, denn egal ob Beeinträchtigung oder keine  
103 Beeinträchtigung - ein Studium muss allen offenstehen, frei von Diskriminierungen.

104

#### 105 **Aktuelle Lage: Eine Feststellung der Situation**

106

107 Die Zahl der Studierenden mit psychischer Störung steigt, doch weder die Hochschulen noch das  
108 allgemeine Bildungssystem werden diesen Zahlen gerecht. Vor allem Präventionsangebote sind  
109 eine Rarität. Gerade diese sind jedoch von großer Bedeutung, um eine Störung, die als sehr  
110 belastend empfunden wird, frühzeitig abfangen zu können und individuelle Strategien zum  
111 Umgang zu entwickeln. Auch Therapieangebote sind nicht ausreichend vorhanden. Nach Angaben  
112 der WHO gibt es in ganz Europa zu wenig Therapieplätze, häufig sind vorhandene  
113 Therapieangebote nicht adäquat. Beispielsweise ist die Wartezeit auf einen ambulanten  
114 Therapieplatz je nach Wohnort zwischen sechs und 12 Monaten die Regel.

115

116 Eine der Anlaufstellen, um diese Wartezeit zu vermeiden, sind psychosoziale oder psychologische  
117 Beratungen an Hochschulen. Das DSW hat in seiner Sozialerhebung festgestellt, dass diese  
118 Angebote verstärkt genutzt werden. Doch auch sie sind betroffen von Kosteneinsparungen, zum  
119 Teil kann eine ausreichende Beratung nicht mehr geleistet werden, da der Bedarf steigt.  
120 Wartezeiten sind zum Teil auch zu lang, um in konkreten Stresssituationen Hilfe leisten zu  
121 können. Und obwohl die Beratungen meist anonym sind, gibt es trotzdem Hürden, die Beratung  
122 aufzusuchen. Gerade wenn nur eine kurzfristige Hilfe angeboten wird, nehmen viele das Angebot  
123 nicht an. Hintergrund ist, dass Menschen, die später beispielsweise als Beamte\*r arbeiten wollen,  
124 diese Verbeamtung nicht riskieren wollen, indem sie sich in eine Therapie begeben, die  
125 beispielsweise von der Krankenkasse finanziert wird. Doch gerade diese wird empfohlen, da  
126 Beratungsangebote an Hochschulen häufig nur als Erstanlaufstelle gelten, eine langfristige Hilfe  
127 ist selten möglich. Die Anzahl der möglichen Inanspruchnahmen kann institutionell begrenzt sein.  
128 Zwar kann auf Therapieangebote außerhalb der Hochschulen hingewiesen werden, doch gerade  
129 die Möglichkeit, einen kostenlosen und hürdenärmeren Zugang zu Beratung zu haben, wird  
130 dadurch eingeschränkt.

131

132 Ebenfalls haben sozioökonomische Faktoren einen Einfluss auf psychische Gesundheit. So  
133 schränken eine schlechte Wohnsituation und Armut diese ein. Beide Einflussgrößen sind bei  
134 Studierenden weit verbreitet. So kämpfen Studierende häufig auf einem hart umkämpften  
135 Wohnungsmarkt um Wohnraum und hangeln sich von Zwischenmiete zu Zwischenmiete. Der  
136 Mangel an sozialem Wohnraum sorgt dafür, dass Studierende sich beliebte und gut gelegene  
137 Viertel mit entsprechender Infrastruktur nicht leisten können. Auch das Geld zum Leben ist bei  
138 Studierenden zum Teil knapp bemessen. Ein nicht ausreichendes BAföG, befristete Lohnarbeit  
139 und Studienkredite gehören zum Alltag der individuellen Studienunterfinanzierung. Nicht selten  
140 sind Sorgen darüber, wie viele Tage des Monats mensch sich von Nudeln mit Ketchup ernähren  
141 muss oder wie mensch die teuren Lehrbücher anschaffen soll, die mensch dringend für eine  
142 Prüfung braucht. Wenn dann noch eine ärztliche Bestätigung darüber, dass mensch aufgrund

143 seiner Beeinträchtigung eine Verlängerung des BAföG-Bezugs braucht, benötigt wird, wird der  
144 Druck noch weiter erhöht. Anstatt Ruhe für ein gutes Studium zu haben, das die persönliche  
145 Gesundheit nicht in Mitleidenschaft zieht, spielen Sorgen um die eigene Lebensfinanzierung eine  
146 Rolle.

147

148 Diese Stressfaktoren belasten Körper und Psyche. So gehört ein erhöhtes Stresserleben zum  
149 Studienalltag dazu. Gerade durch die Bolognareform ist der Leistungsdruck gesteigert worden.  
150 Der Workload von Studienfächern ist zum Teil nicht mehr schaffbar, Studienfächer sind in der  
151 aktuellen Konzeption nicht in vorgesehener Regelstudienzeit studierbar - was auch Bereiche wie  
152 das BAföG beeinflusst. Sei es der Kampf um gute Noten, um den NC für den Masterstudienplatz  
153 zu schaffen oder die Prüfungsangst vor dem Drittversuch: psychische Gesundheit wird im  
154 aktuellen Studienalltag angegriffen.

155

### 156 **Handlungsempfehlungen: Wie unsere Gesellschaft ein Ort psychischer Gesundheit wird**

157

158 Auch 2017 gibt es nicht ausreichend Raum für Diskurse über psychische Gesundheit und  
159 psychische Störungen. Als erster Schritt müssen offene Gespräche über Gesundheit, egal ob  
160 körperlich oder psychisch, in einem Rahmen geführt werden können, in dem sich jede\*r wohl  
161 fühlt und sich offen äußern kann, ohne soziale oder studienbezogene Benachteiligung fürchten zu  
162 müssen. Deswegen ist Kommunikation über dieses Thema von zentraler Bedeutung.

163

164 Als weiterer Schritt müssen mehr Behandlungs- und Beratungsangebote offenstehen. Dies dient  
165 einerseits der Prävention und der Förderung des Wohlbefindens und andererseits kann so  
166 Betroffenen schneller geholfen werden. Dazu braucht es mehr Psychotherapeut\*innen mit  
167 staatlichen Kassensitzen, die wissenschaftlich fundierte Therapien anbieten. Dafür muss sich  
168 bereits im Studium der Psychologie einiges ändern. Neben hohen NCs für Bachelor und Master,  
169 der Interessierte selektiert und von ihrer freien Berufswahl abhält, ist auch die  
170 Therapieausbildung selbst ein Problem. Bezahlt werden Psychotherapeut\*innen in Ausbildung mit  
171 einem Hungerlohn. Gleichzeitig übernehmen sie in Therapieeinrichtungen schon in der  
172 Ausbildung große Verantwortung. Die Ausbildung kostet mehrere zehntausende Euro in  
173 Eigenbeteiligung. Danach beginnt der Kampf um die beliebten Kassensitze, die viel zu selten  
174 vergeben werden und dem tatsächlichen Bedarf an Psychotherapie nicht gerecht werden.

175

176 In der Prävention muss bereits frühzeitig angesetzt werden. Sogenannter frühkindlicher Stress  
177 kann die Wahrscheinlichkeit, später Depressionen, Diabetes und anderen Störungen/Krankheiten  
178 zu haben, stark erhöhen. Psychische Gesundheit muss mit der gleichen Aufmerksamkeit verfolgt  
179 werden, wie beispielsweise andere Ärzt\*innenbesuche zur Kontrolle Standard sind. Sei es bei U3  
180 Untersuchungen oder in der Kita: psychische Gesundheit ist bereits für Kinder wichtig. Deswegen  
181 sind Investitionen in Prävention wichtig. So können Menschen langfristig gesünder sein und  
182 Beeinträchtigungserfahrungen können so eher verhindert werden.

183

184 Insgesamt lässt sich festhalten, dass Inklusion eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Unser  
185 Ziel muss es sein, bei Inklusion nicht nur an Hilfsmittel wie Rampen und Braille-Schrift zu  
186 denken, sondern die Heterogenität von Menschen mit und ohne Beeinträchtigung in den Blick zu  
187 nehmen. Es darf dabei nicht Bringschuld der Betroffenen sein, für Toleranz und Inklusion zu  
188 kämpfen. Alle müssen sich beteiligen, um aufzuzeigen, dass Diversität der Normalzustand ist und  
189 jede\*r andere Bedürfnisse und Anforderungen hat. Einer der Schritte dafür ist eine  
190 flächendeckende Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention (sic!), damit unter anderem  
191 die Bildungslandschaft so divers ist, wie es die Gesellschaft ist, und somit ein Schnittbild  
192 ebendieser bietet.

193

## 194 Handlungsempfehlungen: Wie Hochschule Orte psychischer Gesundheit werden

195

196 Auch Hochschulen müssen ein Ort werden, an dem psychische Gesundheit im Fokus steht. Hier  
197 muss ebenfalls sowohl bei der Prävention, als auch im Umgang mit Menschen mit psychischer  
198 Störung angesetzt werden. Erster notwendiger Schritt dafür ist der Ausbau von  
199 Beratungsmöglichkeiten an Hochschulen selbst. Sie bieten eine kostenfreie und leicht  
200 zugängliche Hilfe für Studierende, die sich beeinträchtigt fühlen. Dabei müssen diese  
201 Beratungsangebote dauerhaft anonym sein, damit diese auch Studierende in Anspruch nehmen  
202 können, die anderweitige Angebote aufgrund einer Bedrohung für die Verbeamtung nicht nutzen  
203 können. Es ist hierbei festzustellen, dass auch die Praxis, Menschen einen Beamt\*innenstatus zu  
204 verwehren, weil sie eine psychische Störung haben, diskriminierend ist und ein Ende haben muss.  
205 Sie sorgt nur dafür, dass vorhandene Störungen nicht ausreichend behandelt werden und  
206 Betroffene verschweigen müssen, wenn es ihnen nicht gut geht. Einer Gesellschaft, der  
207 Gesundheit wichtig ist, muss hingegen ein offener Diskurs wichtig sein. Deshalb dürfen auch bei  
208 Beratungsangeboten keine Informationen an Träger weitergegeben werden. In den Beratungen  
209 selbst müssen qualifizierte Psycholog\*innen und Sozialarbeiter\*innen arbeiten, um Studierenden  
210 ausreichend helfen zu können. Dabei ist ein adäquater Personalschlüssel von enormer Bedeutung,  
211 besonders vor dem Hintergrund einer gestiegenen Nachfrage und langen Wartezeiten bei  
212 Therapeut\*innen.

213

214 Auch eine Sensibilisierung für das Thema ist von enormer Bedeutung. Sei es bei  
215 Hochschulpersonal, Studierenden und Lehrkräften: Wissen über psychische Störungen und  
216 Gesundheit ist wichtig, um Akzeptanz zu schaffen. Informationen darüber müssen leicht  
217 zugänglich sein. Beispielsweise können Beratungsangebote für Prüfungsangst hochschulweit  
218 beworben werden. Das Lehrpersonal selbst muss ebenfalls im Umgang mit Menschen mit  
219 psychischer Beeinträchtigung geschult werden, beispielsweise wenn es um angepasste  
220 Studienbedingungen geht. Auch für angehende Lehrer\*innen ist Wissen über psychische  
221 Gesundheit im Sinne einer frühen Prävention von psychischen Störungen bei Kindern und  
222 Jugendlichen von Bedeutung. Durch Kenntnisse über psychische Gesundheit kann ein Raum  
223 geschaffen werden, differenziert, enttabuisiert und offen darüber zu reden.

224

225 Die Studienbedingungen selbst müssen ebenfalls angepasst werden, um allen Zugang zu einer  
226 Hochschulbildung gewährleisten zu können. Dazu gehört einerseits, dass Anwesenheitspflichten  
227 abgeschafft werden müssen. Weil mensch beispielsweise aufgrund seiner Störung oder wegen  
228 anderen der individuellen Lebenssituation entspringenden Umständen nicht zu Seminaren  
229 erscheinen kann, darf es nicht sein, dass der Studienabschluss davon bedroht wird. Gerade in  
230 stressigen Zeiten sind Rückzugs- und Ruhemöglichkeiten von Bedeutung. Deshalb müssen auch  
231 Teilzeitstudiengänge ausgebaut und mehr Menschen zugänglich gemacht werden. Das DSW  
232 konnte zeigen, dass viele Studierende mit psychischer Störung de facto in Teilzeit studieren,  
233 obwohl sie in einem Vollzeitstudium eingeschrieben sind. Hier wird deutlich, dass die  
234 Rahmenbedingungen nicht stimmen und mehr Möglichkeiten offengehalten werden müssen. Dazu  
235 gehört auch, dass solche Studienformen mit in der Studienfinanzierung bedacht werden. Weder  
236 BAföG noch Stipendien sind derzeit an Teilzeitstudiengänge angepasst, dies verschärft die  
237 finanzielle Lage Studierender weiterhin. Prüfungsformen können ebenfalls ein Stressfaktor sein,  
238 denn nicht jede\*r sieht sich dazu in der Lage, eine mündliche Prüfung zu haben oder vor einem  
239 Seminar einen benoteten Vortrag zu halten. Deshalb ist eine freie Wahl der Prüfungsform  
240 wichtig. Lernerfolge leiden darunter, wenn sich Studierende dem Druck ausgesetzt fühlen, unter  
241 unangenehmen Bedingungen gute Noten erbringen zu müssen. Weiterhin ist bei Prüfungen auf  
242 sogenannte Nachteilsausgleiche zu achten. Psychisch beeinträchtigte Studierende dürfen nicht  
243 immer wieder gezwungen sein, ihre persönliche Störung vor Dozierenden zu erklären, um  
244 Ausgleiche zu erwirken. Hier spielt eine Stärkung von Vertretungen von chronisch kranken und

245 beeinträchtigten Studierenden eine zentrale Rolle, um beispielsweise Anonymität von  
246 betroffenen Studierenden vor Dozierenden zu wahren. Auch die An- und Abmeldungen zu  
247 Prüfungen müssen flexibilisiert werden, um Studierenden die Möglichkeit zu geben,  
248 Prüfungsleistungen nur abzulegen, wenn sie sich dafür zu dem Zeitpunkt in der Lage sehen. Auch  
249 eine Wiederholung von Prüfungsleistungen muss unbegrenzt möglich sein, Maßnahmen wie  
250 Drittversuche sorgen nur für Stresssituationen und sagen nicht zwangsläufig etwas darüber aus,  
251 ob in dem jeweiligen Fach ausreichend gelernt oder kritisch hinterfragt wurde. Insgesamt ist  
252 eine Überprüfung von Studiengängen nötig, denn nicht immer sind diese überhaupt in ihrer  
253 derzeitigen Konzeption studierbar.

254

255 Eine Sorge, die viele Studierende haben, ist die Finanzierung ihres Alltags. Dabei stellt für uns  
256 Juso-Hochschulgruppen das BAföG das zentrale Mittel der individuellen Studienfinanzierung dar:  
257 Durch ein alters-, ehepartner\*innen- und elternunabhängiges BAföG als Vollzuschuss kann allen  
258 Studierenden ermöglicht werden, sich auf das Studium zu konzentrieren und nicht darauf, wie  
259 die nächste Miete bezahlt werden soll. Die bisherige Praxis vom Festhalten an Regelstudienzeiten  
260 und Mindestcreditpoints als Fördervoraussetzung ist nicht realitätskonform und wir lehnen es ab,  
261 dass auf diese Weise Druck aufgebaut werden soll, das Studium möglichst schnell zu beenden.  
262 Unser Bildungsideal ist, dass Bildung ein Menschenrecht ist. Dazu gehört, dass auch  
263 beeinträchtigte Studierende daran teilhaben können. Gerade sie sehen sich aber durch ihre  
264 Störung eingeschränkt und können ein Vollzeitstudium häufig nicht in Regelstudienzeit  
265 absolvieren. Im Sinne einer Prävention von Störungen und einer Förderung von Gesundheit ist es  
266 deshalb von Interesse, dass auch Stressfaktoren wie die Studienfinanzierung in den Blick zu  
267 nehmen und wirksame Lösungen anzubieten.

268 Hochschulen als Spiegel der Gesellschaft müssen divers und inklusiv sein. Dabei ist es für uns  
269 Juso-Hochschulgruppen wichtig, dass das Wohlbefinden aller Studierender gewährleistet wird.  
270 Deshalb fordern wir:

- 271 • Eine Entstigmatisierung von psychischen Störungen und stattdessen einen offenen Diskurs  
272 über Gesundheit
- 273 • Leichterem, kostenfreien und adäquaten Zugang zu Psychotherapie, Präventions- und  
274 Beratungsangeboten und gleichzeitig bei gerechter Bezahlung derer, die in diesen  
275 Berufsfeldern tätig sind.
- 276 • Ausreichend Psychotherapieplätze, um die Wartezeit zu verkürzen
- 277 • Bereits frühkindliche Prävention, um möglichst vielen Menschen langfristig Gesundheit zu  
278 ermöglichen
- 279 • Inklusion als gesamtgesellschaftliche Aufgabe inklusive der flächendeckenden Umsetzung  
280 der UN Behindertenrechtskonvention
- 281 • Niedrigschwellige hochschulinterne Beratungsmöglichkeiten ausbauen und allen  
282 unbegrenzt zugänglich machen
- 283 • Sensibilisierung bzw. Fortbildungsangebote für Lehrkräfte, Hochschulpersonal und  
284 Studierende für psychische Gesundheit und Störungen
- 285 • Anpassung der Studienbedingungen: gegen Anwesenheitspflichten, Regelstudienzeit, für  
286 ein flexibleres Studium
- 287 • Eine Studienfinanzierung, die allen gerecht wird. Ehepartner\*innen- und  
288 Elternunabhängiges BAföG ohne Bindung an Regelstudienzeit, Altersgrenzen, Teil- oder  
289 Vollzeitstudium als Vollzuschuss muss her!
- 290 • Mehr Teilzeitstudiengänge inklusive flexiblen Wechselmöglichkeiten, um dem  
291 Studienalltag von Studierenden gerecht zu werden
- 292 • Flexible und gute Bildung als Menschenrecht, weg von der neoliberalen  
293 Verwertungsordnung des Studiums

- Ermöglichung der unbegrenzten Wiederholung von Prüfungsleistungen